

der er ist, wenn es ihm nicht gelänge, durch die Art seiner Darstellung die eigene Denkmühe, die Vertracktheit einander widerstrebender Gefühlswelten, die Qual von Entfremdungserfahrungen auf den Leser zu übertragen. Wenn das seine Absicht war – und man kann daran wohl kaum zweifeln –, dann ist sie ihm hervorragend gelungen.

Paulus Gordan OSB, Salzburg

DAVID POLISH: *Israel – Nation and People*. New York 1975. Ktav Publishing House, Inc. 200 Seiten.

Der Autor dieses Buches, ein amerikanischer Reformrabbiner, hat sich die Aufgabe gestellt, mit diesem Buche zu demonstrieren, dass Zionismus kein borniertes nationalistisches Phänomen sei, welches man als Gegenpol zum Universalismus definieren könnte, sondern tiefe Wurzeln im gesamten der jüdischen Tradition besitzt. Einen guten Eindruck, was moderne Juden heute über ihr Judentum denken, wie sie sein »Wesen« darstellen, bietet der Aufsatz »The Uniqueness of Judaism« (S. 31–40). Dem schliesst sich eine Studie über das Problem des »erwählten Volkes« an. Dieser Vorstellung liegt für einen modernen Juden der Gedanke des Kiddusch-Ha-Schem zugrunde, der Heiligung des göttlichen Namens. Damit zusammenhängend, und aus dieser Wurzel stammend, haben Juden oft »Nein« gegenüber der Welt sagen müssen; nein zu den Göttern, um für den *einen* Gott zu zeugen, nein gegenüber einer Welt, welche die Gebote der Tora, die auf die Menschlichkeit hinzielen, ausser Kraft setzte. Die Juden sind so zu Nonkonformisten geworden. In dem Aufsatz »Israel and Christian Conscience« untersucht der Verf. eine Reihe von Dokumenten des World Council of Churches über Juden und den Staat Israel; diese Texte reichen bis zum Jahr 1967. Polish scheinen diese Erklärungen allzu mager zu sein; von jüdischem Selbstverständnis wissen die Autoren wenig. Nur, dass der Antisemitismus schlecht sei, dürfte heute allgemein anerkannt sein. Immerhin kann man feststellen, dass inzwischen der WCC in diesen Fragen auch weitergedacht hat und nicht zuletzt im Dialog mit Juden zu

neuen und tragfähigeren Vorstellungen gelangte. Das gilt auch hinsichtlich des Staates Israel. Auch die katholische Kirche hat in dieser Beziehung noch ihre Schwierigkeiten, und nur einzelne Bischofskonferenzen (die französische sowie die amerikanische) haben versucht, dieses Problem des Staates Israel in seiner Relevanz für den christlich-jüdischen Dialog zu behandeln. Es hat den Anschein, dass für viele Christen der verschiedenen Denominationen die Existenz des Staates Israel noch leicht unheimlich erscheint, von dem sie nicht recht wissen, wie sie dieses Phänomen in ihre eigene christliche Weltanschauung integrieren können. Um Christen dazu zu verhelfen, etwas besser Juden in ihrer Beziehung zur Religion, zum Zionismus, zum Staate Israel verstehen zu können, ist dieses Buch geschrieben worden. Es sind kultivierte Essays; man könnte sich vorstellen, manches sei vorher in der »Free Synagogue« von Evanston, Illinois, gepredigt worden. Aus guten Predigten sind nicht die schlechtesten Bücher geworden! Juden und Christen werden diese Aufsätze in gleicher Weise mit geistigem Gewinn lesen.

E. L. Ehrlich

SUSANNA RICHTER-FRIED: *Das Notariat in Israel. Abriss seiner geschichtlichen Entwicklung bis zum Notargesetz von 1976*. Zürich 1977. Juris Verlag, 143 S.

Diese von K. S. Bader angeregte Dissertation behandelt nach einem Abriss der Entwicklung des Notariats verschiedener europäischer Länder eingehend seine Geschichte in Israel bis zum Erlass des 1977 in Kraft getretenen neuen Notargesetzes und der Ausführungsverordnung dazu. Man erfährt viel von dem »Mosaik« des israelischen Rechts, das sich aus ottomanischen, moslemischen, französischen und vor allem englischen »Kieselsteinen« zusammensetzt – nach dem Urteil dortiger Juristen fehlt es auch nicht an deutschen – und das eine Elastizität aufweist, die der Dynamik seiner gesellschaftlichen Ordnung entspricht. Hervorgehoben sei die Bedeutung des religiösen Rechts für das Personalstatut von Juden, Christen und Moslems sowie die erst jetzt verwirklichte Gleichberechtigung der Frau.

Hans Thieme

Nachtrag zu Seite 77 f.:

Im Anschluss an das Präsident Sadat von Ministerpräsident Begin unterbreitete Programm, Punkt 26, ist zu ergänzen:

1. Die Regierung Israels sieht es als lebensnotwendig an, das zum Frieden führende Verfahren zwischen Israel und seinen Nachbarn fortzusetzen.
2. Die Regierung von Israel stimmt zu, dass 5 Jahre nach Gebrauch der administrativen Autonomie in Judäa, Samaria und im Bezirk Gaza, die bei Verwirklichung des Friedens in Kraft tritt, von den Parteien das We-

den der künftigen Beziehungen unter den Parteien erwogen wird und diese über den Vorschlag jeder der Parteien übereinkommen.

3. Um zur Vereinbarung zu kommen, werden die Parteien Verhandlungen untereinander erwägen unter Teilnahme von in Judäa, Samaria und im Bezirk Gaza Vertretern der Bewohner, die gewählt sind gemäss der administrativen Autonomie.

19. Juni 1978

Aus israelischem Pressebericht

(Aus dem Englischen übersetzt).

14 Aus unserer Arbeit

I Altenwohnheim für NS-verfolgte Christen in Israel (Nahariyya)

Über die Entstehung des Altenwohnheims in Israel wurde in den beiden vorangehenden Jahresfolgen des FR* berichtet. Anfang August 1978 werden die den Einzug ersöhnenden künftigen 20 Bewohner 20 Wohnzimmer in dem schönen Hause beziehen, das unmittelbar am Mittelmeerstrand, nur wenige Minuten vom Stadtzentrum von Nahariyya entfernt, liegt.

Entgegen der ursprünglichen Planung konnte der Heimbetrieb nicht unverzüglich nach dem Kauf des Hauses auf-

* Vgl. FR XXVII/1975, S. 147 ff.; *ibid.* XXVIII/1976, S. 138 f.

genommen werden, weil die ursprünglichen Planungen eines Innenausbau nach dem Kauf nicht mehr der Verordnung betreffend »Aufsicht über Altenheime« entsprachen. Diese unerwartete und vorher nicht einzuschätzende Verordnung des israelischen Sozialministeriums zwang zur Umplanung und Erweiterung. Langwierige Verhandlungen mit der örtlichen Baubehörde und ein Mehrbedarf finanzieller Mittel waren erforderlich. Dankenswerterweise hat die Allgemeine Treuhand-Organisation (für NS-Verfolgte nicht jüdischen Glaubens¹) den fehlenden

¹ Die Allgemeine Treuhand-Organisation (ATO) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie leistet Linderung und Beseitigung von Not, die durch die NS-Gewaltherrschaft entstanden ist.